

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 19 (1978)
Heft: 19

Artikel: Der doppelte Mord im doppelten Jemen diente den Sowjets zur Restauration in Südjemen
Autor: Tickle, Ian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094137>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der doppelte Mord im doppelten Jemen diente den Sowjets zur

Restau- ration in Südjemen

In den verfeindeten Nachbarländern Nordjemen und Südjemen kam es diesen Sommer in unmittelbarer Folge zum Mord an dem jeweiligen Staatspräsidenten. Schlag und Gegenschlag? Das glaubte man anfänglich. Aber heute weiss man, dass es sich um ein unorthodoxes Manöver zur Wiederherstellung orthodoxer Sowjetherrschaft in Aden handelte. Davon und von der anschliessenden «Normalisierung» in Südjemen berichtet hier Ian Tickle.

Die sowjetische Präsenz in arabischen Staaten ist eine Sache mit graduellen Unterschieden. Von wechselhafter Einflussnahme bis zur abgesicherten Dominanz umfasst sie viele Möglichkeiten. Heute gehört neben Libyen zweifellos Südjemen zu den verlässlichsten Stützen sowjetischer Politik in der arabischen Welt. Und es macht nicht den Anschein, als könne das Land von sich aus an diesem Status etwas ändern.

Das mag als Feststellung zunächst nicht so neu wirken. Tatsächlich hatte sich die Volksrepublik Jemen schon jahrelang als wohlkontrollierter Satellit gebildet. Die Bevölkerung wurde nach sowjetischer Lesart kommunistisch erzogen, dazu militärisch instruiert. Man hatte seine kubanischen Ordnungstruppen im Land, und Aden war der Ausgangspunkt für den sowjetisch-kubanischen Aufbau des Mengistu-Regimes in Äthiopien.

Und doch war es in diesem Vasallenstaat zu Beginn des Jahres 1978 zu einem merklichen nationalistischen Aufbegehren gekommen. Dass die Sowjets nach einigem Hin und Her gründlich damit fertig wurden, mag zwar keine Ueberschneidung darstellen, aber wie sie das bewerkstel-

ligten, verdient als Lektion politischer Schurkerei durchaus Beachtung; schliesslich geht die sowjetische Partnerbehandlung uns alle etwas an.

Ein Schützling will ausscheren

In den ersten Monaten dieses Jahres begann sich die Führung Südjemens der sowjetischen Kontrolle zu entwinden. Staatspräsident Salim Rubaja Ali nahm Kontakte zum somalischen Präsidenten Siad Barre auf, der ja seinerseits die sowjetische Protektion aufgekündigt hatte, weil Moskau gross beim somalischen Erzfeind Äthiopien eingestiegen war. Und dann zog Südjemen noch seine eigenen Hilfstruppen aus Äthiopien zurück, gerade als die Sowjets zum entscheidenden Vorstoss gegen die eritreische Rebellion ansetzten. Auch knüpfte man in Aden diskrete Fäden zu Saudi-Arabien. Kurz, Südjemen schien der absoluten sowjetischen Herrschaft ebenso zu entgleiten wie andere arabische Staaten im Verlauf des letzten Jahrzehnts.

Aber zum Alleingang fehlte es Salim Rubaja Ali an Rückendeckung in der übrigen Führungs-

spitze von verlässlicher Sowjethörigkeit. Man bereitete dort auf Anweisung der sowjetischen Berater seine Absetzung vor.

Kabale in Arabesken...

Sich seiner einfach zu entledigen, ging allerdings nicht so ohne weiteres an, denn immerhin galt es den sonst verachteten «Faktor Bevölkerung» in Rechnung zu stellen. Man befürchtete einen Aufstand in den Provinzen ausserhalb der Hauptstadt, womöglich unterstützt vom feindlichen Nordjemen, das seinerseits der materiellen Hilfe der Saudis sicher sein konnte. Auf diese Eventualität wollte man es lieber nicht ankommen lassen.

Aus diesem Dilemma heraus griff man zu einem Stratagem, das selbst für den Kabalenstandard der arabischen Halbinsel bemerkenswert war. Der Witz bestand darin, gerade die feindlichen Gefühle Nordjemens für eigene Zwecke auszunützen.

Man arbeitete mit Erfolg ein Komplott zur Ermordung des nordjemenitischen Präsidenten aus, aber so angelegt, dass der Eindruck entstand, es sei von Salim Rubaja Ali persönlich geschmiedet worden. Unmittelbar nach dem Attentat in Sana «reagierten» die sowjetgestützten Rivalen des Präsidenten in Aden, stürzten den «Mörder» und brachten ihn um. Bis die Däperten in Nordjemen begriffen hatten, dass ihr gewohnter Gegenspieler in Südjemen gar keine Verantwortung für den Bombenanschlag auf ihren Präsidenten trug, war in Aden die koloniale Ordnung der Sowjets wiederhergestellt.

... zwecks Imports von Serienmodellen

Die doppelbödigte Verschwörung war nicht frei von Spekulation, doch erwies sie sich im ganzen doch als wohlkalkuliert.

Aber noch verblüffender wirkt der nahtlose Uebergang von orientalischer Intrige mittelalterlicher Prägung zum weiteren Verlauf einer strikten sowjetischen Normalisierung. Das Regime unter dem neuen Präsidenten Ali Nasser Muhammad rechtfertigt alles, was es an Ermordungen und Säuberungen getan hat und weiterhin tut (nach der Person von Salim Rubaja Ali galt



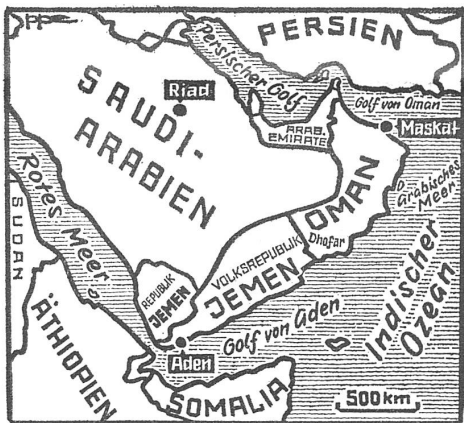
Flüchtlinge aus Südjemen in Oman vor drei Jahren. Damals war der Drill durch kubanische Militärinstruktoren und sowjetische Politoffiziere in Aufbau. Heute hat man das Land, das die «Nationalrevolutionäre» schon terrorisiert hatten, im sowjetischen Sinne normalisiert.

es noch Sympathisanten und weitere nationalistische Elemente auszuschalten), mit der zeitgenössischen Terminologie des wissenschaftlichen Sozialismus.

Wenn die Funktionäre die geltende Staatstheorie im Lande darlegen, tönt es akkurat wie vom Katheder der Moskauer Institute. In den genau übersetzten Wendungen von «Woprossy istorii» schildern sie die Geschichte sowjetischer Interventionen in arabischen Ländern als Anwendungsfall für den schwierigen Uebergang der Phase «nationaler Demokratie» ins Stadium des Sozialismus. In Aegypten habe sich der Uebergang seinerzeit gut angelassen, aber dann hätten die reaktionären Nachfolger Nassers einen Rückfall verursacht. Um so stolzer dürfe man in Süd-jemen darauf sein, nicht in der «nationalen Revolution» stecken geblieben zu sein und trotz allen konterrevolutionären Versuchen, das Rad zurückzudrehen, den wirklichen Volkswillen durchgesetzt zu haben.

In den Wochen seit dem Machtwechsel in Aden haben gründliche Abrechnungen mit den abweichlerischen Freunden von gestern stattgefunden.

Wie in andern Entwicklungsländern auch, sind die Säuberungen sowjetischen Zuschnitts in Aden von wiederbelebter stalinistischer Kontur: Die Opfer werden im Normalfall auch physisch liquidiert. Tatsächlich werden diese angeblich überwundenen Methoden unbeschwert angewandt, wo es um die Behauptung einer frisch er-



worbenen Machtposition geht; der Stalinismus ist Exportmodell geworden, und die Sowjetunion, die angeblich und in Europa «doch nicht mehr so ist», gibt weltweit ihr ideologisches Alibi dazu.

In Nordjemen nennt man das Regime von Aden eine «blutige marxistische Tyrannei». Die «marxistische» Qualifikation der Sache ist eine Auffassungsfrage, aber an der tyrannischen Qualität besteht kein Zweifel. Würde das mit andern Worten gerechtfertigt oder ausserhalb der sowjetischen Protektion stattfinden, würde man es als faschistisches Morden bezeichnen.

Um die sowjetische und kubanische Bemannung des südjemenitischen Sozialismus zu erklären, führt man in Aden die angebliche Invasionsdrohung aus Nordjemen an; inzwischen baut man Südjemen als Aufmarschbasis für die arabische Halbinsel aus. Und damit der Besitzesstand dazu nicht wiederum von innen her in Gefahr gerät, macht man der Bevölkerung klar, dass Leute mit nationalistischer oder anderswie feindlicher Gesinnung keine Ueberlebenschance haben.

Ian Tickle

Ein sehenswerter Fall sowjetischer Berichterstattung

Die Peripherie-Polemik

Zunächst wirkt sie nur amüsan, die sowjetische Methode, über eine bestimmte Peinlichkeit zu sprechen, ohne sie zu nennen. Aber dann kommt auch ein aufschlussreiches Symptom zum Vorschein.

Das, was die sowjetische Presse ihren Lesern anbietet, hat die pädagogische Funktion, ihn von der Richtigkeit dessen zu überzeugen, was seine obersten Vertreter tun. Entsprechend wird er informiert und belehrt; anders nicht. Trotzdem ist die Lektüre dieser Zeitungen für den westlichen politischen Beobachter interessant, denn sie bringen die aktuellen Ansichten des Kremels zum Ausdruck.

Allerdings nicht im Klartext. Um die Sowjetpresse zu verstehen, ist seltsamerweise die Beherrschung der russischen Sprache nicht einmal so wichtig wie die Beherrschung der «Geheimsprache», in der sich die Machthaber ihrem Fussvolk mitteilen.

Es geht dabei nicht nur um die unabdingbare Wertungssemantik, laut der etwa ein sowjetischer Kriegeserfolg ein Sieg der Friedenskräfte ist, sondern auch um die verschlüsselten Feinheiten der Reaktion auf das, was jeweils im engeren oder weiteren Umkreis passiert.

Das folgende Beispiel ist eine gute Illustration zu dem, was die sowjetischen Meinungsbeauftragten schreiben, wenn sie meinen: «Das ist uns aber verdammt peinlich.»

Am 8. August meldeten die westlichen Nachrichtentagenturen, dass die britische Metallarbeitergewerkschaft wegen der sowjetischen Dissidentenprozesse den Abbruch ihrer Beziehungen mit der (vermeintlich) entsprechenden Organisation der UdSSR beschlossen hatte. Frage: Was tut man dort mit einer solchen Nachricht?

In etwas voreiliger Kenntnis der Grundmuster sowjetischen Umgangs mit Information sollte man sich denken, dass die Presseverantwortlichen vor die Alternative gestellt würden, den britischen Gewerkschaftsbeschluss entweder zu ignorieren oder ihn als «Provokation der Spannungseinde» usw. polemisch abzuhandeln. Tatsächlich aber geschah in diesem Falle weder das eine noch das andere.

Die sowjetischen Medien beantworteten den Affront aus Grossbritannien durchaus und sogar ausgiebig, aber sie brachten es fertig, das zu tun, ohne den Sachverhalt selbst auch nur zu erwähnen. Sie kommentierten mit indirekten Mitteln die Meldung, ohne sie dem Leser vorzusetzen.

Die Gewerkschaftszeitung «Trud» berichtete einen Tag später, «Aktivisten der britischen Gewerkschaften» seien zur sowjetischen Botschaft gegangen, «um ihrer Solidarität mit dem Sowjetvolk im Kampf für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft Ausdruck zu geben». Dies sei die Antwort der (wirklichen) Arbeitervertreter auf die Versuche der «Reaktionäre», die sowjetischen Prozesse gegen Verleumder für ihre Zwecke auszunützen.

Auch am 10. August verschwieg die «Trud» den britischen Boykott, ohne dazu zu schweigen. Nun

berichtete man über den Besuch einer britischen Delegation in der UdSSR. Den Gästen hatte man Fabriken gezeigt und die Planerfüllung erklärt. Dafür bedankten sie sich mit dem Versprechen, tatkräftig für die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern und gegen die Entspannungseinde zu kämpfen.

Am gleichen Tag wandte die «Prawda» ihre Aufmerksamkeit den britischen Gewerkschaften zu. Die «Vertreter der Werktätigen» hätten, so der Bericht, die «antisowjetische Kampagne» der Reaktion verurteilt. (Im Ausdruck «Kampagne» war natürlich der Beschluss der britischen Metallarbeitergewerkschaft subsumiert, aber das konnte der sowjetische Leser nur dann wissen, wenn er auch ausländisches Radio hörte.) Im weiteren hätten die Gewerkschaftler ihre Solidarität «mit der Regierung und den Arbeitern der UdSSR» im Kampf für den Frieden proklamiert. «Schulter an Schulter» mit der Sowjetunion würden sie im Kampf gegen den «kalten Krieg» marschieren.

Die Botschaft dieser mittelbaren Berichterstattung ist klar, wenn auch eher kreisförmig als gradlinig: Die britischen Arbeiter und Gewerkschaftler sind dann nicht etwa so, wie man aus jener Meldung schliessen könnte, die wir deshalb gar nicht erst wiederzugeben brauchen.

Die Technik ist offenkundig verwickelter als eine schlichte Lüge: eine komplizierte Manipulation. Der direkte Sachverhalt bleibt unerwähnt. Aber den thematischen Kreis mit seiner unerwünschten Mitte markiert man durch tangentielle Information. Der erhoffte Eindruck widerspricht der Tatsache der gewerkschaftlichen Massnahme nicht direkt, und doch verdreht die sowjetische Version im Aussenrund die Wirklichkeit in ihr Gegenteil: aus dem Protest wird Zustimmung.

Diese Behandlung vermittelt Einsichten in die sowjetische Medienpolitik, aber nicht nur. Man kann nämlich auch tagespolitische Schlüsse ziehen. Diese Art von gewundener Nachrichtenmanipulation ist ein deutliches Zeichen dafür, dass sich der Krenl durch Proteste gegen seine Verfolgung von Andersdenkenden durchaus gestört fühlt; gleichgültig lassen sie ihn nicht. Daraus lässt sich eine Bestätigung ableiten. Auch wenn westliche Unterstützungsaktionen für die demokratische Opposition in der UdSSR kurzfristig keine «greifbaren» Resultate bringen, lohnen sie sich wegen der langfristigen Wirkung. Wichtig ist jetzt die Beharrlichkeit, die sich durch das Ausbleiben leichter Soforterfolge nicht irre machen lässt. Der Krenl setzt wie immer auf die baldige Ermüdung der Aussenwelt, aber er wird nervöser, und die Unbeschwertheit kommt ihm allmählich abhanden. Das ist denn auch die Lehre aus jener undeklarierten Polemik gegen die britische Metallarbeitergewerkschaft.

Georg Handlery